

Wissenschaftliche Wahrheit und politische Richtigkeit – eine Unterscheidung, an der festgehalten werden sollte

Schulze, Detlef Georgia

Preprint / Preprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schulze, D. G. (2008). Wissenschaftliche Wahrheit und politische Richtigkeit – eine Unterscheidung, an der festgehalten werden sollte. *ak - analyse & kritik*, 38(527), 1-33. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-70299>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Wissenschaftliche Wahrheit und politische Richtigkeit – eine Unterscheidung, an der festgehalten werden sollte

Frieder Otto Wolf hatte im Feb.-AK eine Debatte über die Thesen Alain Badiou und die Kategorie der Wahrheit angestoßen. Dabei hat er darauf hingewiesen, daß Badiou seinen Ausgangspunkt von den philosophischen Initiativen Althusser's genommen hat. In Anbetracht der Bauchschmerzen, die Badiou's „geradezu ‚platonisierende‘“ Wahrheitskonzeption auch Frieder Otto Wolf zu bereiten scheint und v.a. in Anbetracht der beiden folgenden Beiträge im März-AK (von denen der von Daniel von Fromberg das ‚maoistische‘ Kind mit dem platonischen Bade, in das es Badiou gesteckt hat, auszuschütten scheint) dürfte es nützlich sein, an die von Althusser vorgeschlagene Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Wahrheit und philosophischer Richtigkeit (da die Philosophie, nach Althusser, die Politik in der Theorie repräsentiert, könnten wir wohl auch sagen: *politische* Richtigkeit), zu erinnern.

Frieder Otto Wolf sagt, in der Politik gehe es immer um mehr als bloße Konflikte, sondern immer auch darum, Lösungen für Probleme zu finden. Zurecht läßt sich wohl sagen, daß sich die Frage, ob etwas eine „Lösung“ für ein „Problem“, d.h.: ob etwas ein Mittel ist, um einem als Problem klassifizierten Zustand abzuhelpfen, mit Wahrheitsanspruch beantworten läßt. Durchaus anders gelagert scheint aber die Frage zu sein, ob ein bestimmter Zustand überhaupt als Problem eingeschätzt wird. Auch hat Frieder Otto Wolf Recht, daß derartige Problemdefinitionen nicht bloße subjektive Präferenzen, keine bloßen Geschmacksfragen sind. Vielmehr läßt sich über politisch-moralische Maßstäbe, an denen wir Realität messen und dann bestimmte Zustände als „Probleme“ klassifizieren, begründet streiten. Aber: Derartige Maßstäbe, sind *nicht beweisbar*. Louis Althusser sagt: „Da philosophische Thesen nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Nachprüfung sein können, können sie auch nicht als ‚wahr‘ (als bewiesen oder nachgeprüft, wie in der Mathematik oder Physik) bezeichnet werden.“

Nehmen wir das Beispiel von Klaus-Peter Lehmann: „die unverantwortliche Lagerung des Atommülls, dessen notwendig sicheren Verschluß auf mehr als tausend Generationen niemand garantieren kann.“ Was sich mit naturwissenschaftlichen Methoden ermitteln läßt, sind die Folgen, die radioaktive Strahlen auslösen können, welche minimalen Lagerbedingungen einzuhalten sind, um die Risiken zumindest zu minimieren; und vielleicht können uns die Wissenschaften sogar darüber aufklären, wie wahrscheinlich es ist, daß die im Moment bekannten bzw. eingesetzten Lagermethoden versagen, bevor die Strahlung hinreichend abgeklungen ist. Der Historische Materialismus (oder wem/welcher

das lieber ist: Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft) werden uns über die Entstehungsbedingungen der neuen sozialen Bewegungen (vorliegend: der Ökobewegung), über die Interessen und Akkumulationsstrategien unterschiedlicher Kapitalfraktionen (Konkurrenz der unterschiedlichen Energieträger und Zulieferindustrien) aufklären können – aber ob die Nutzung der Atomenergie deshalb verantwortbar oder vielmehr „unverantwortlich“ ist, läßt sich nicht beweisen. Für die eine wie für die andere Auffassung lassen sich bessere oder schlechtere Argumente, aber keine *Beweise* anführen (1) – und deshalb müssen politische *Entscheidungen* getroffen werden. Diese Entscheidungen kann die Politik – wie wir in Anlehnung an Frieder Otto Wolf formulieren können – *nicht* „als fertige Münze“ aus den Wissenschaften übernehmen. Der Unterschied zwischen erkennen, bewerten und entscheiden läßt sich auch durch die Zusammenfügung der Termini „Wahrheit“ und „Politik“ zum Terminus der „Wahrheitspolitik“ nicht aufheben. (2) Und deshalb wäre es nicht nur methodisch (demokratiethoretisch) fragwürdig, sondern ist es auch von vornherein illusorisch anzunehmen, es wäre möglich, einen Atomausstieg „über wechselnde Macht- und Mehrheitsverhältnisse“ hinweg zu garantieren. Das Ende der Geschichte läßt sich niemals garantieren. Und ließe sich das Ende der Geschichte von PhilosophInnen dekretieren, so wäre dies das sichere Ende dessen, was Badiou anstrebt: eines revolutionären Prozesses mit „aktive[r] Präsenz des Volkes im politischen Feld“.

Nehmen wir noch ein etwas anders gelagertes Beispiel aus dem Artikel von Frieder Otto Wolf. Er schreibt: „Auch wenn nur eine Minderheit ‚meint‘, dass es keine ‚Gerechtigkeit‘ und auch keine ‚Freiheit‘ geben kann, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist dies doch eine Wahrheit, für die wahrheitspolitisch zu kämpfen zu den vornehmsten Aufgaben radikaler Philosophie gehört.“ Je nach Definition von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ mag sich dieser Satz beweisen lassen – für den Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise (kap. PW) ist damit aber fast nicht gewonnen, denn was in der Diskussion über die kap. PW umstritten ist, ist weniger jene Beweisfrage als vielmehr das Verständnis der Begriffe „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ und vielleicht auch noch, ob bestimmte Erscheinung in der Realität notwendige Folge der kap. PW oder das vermeidbare Produkt spezifischer Konstellationen sind.

Althusser sprach „von einem *wissenschaftlichen*, unwiderruflichen Kern im Marxismus“, und sagte, daß die „Proletarier“ – wir können allgemeiner sagen: die Ausgebeuteten und Unterdrückten, diesen „Kern“ verteidigen sollten, denn sie brauchen „objektive, verifizierte und verifizierbare, kurz: wissenschaftliche Erkenntnisse [...], um nicht nur in der Phrase, sondern tatsächlich über ihre Klassengegner zu siegen“. Und er grenzte diese Haltung ab „nicht nur [von] den Bürgerlichen, die natürlich dem Marxismus jeden

wissenschaftlichen Charakter absprechen, sondern auch denjenigen, die sich mit einer persönlichen oder angenommenen, durch ihre Phantasie oder ihren kleinbürgerlichen ‚Wunsch‘ fabrizierte ‚Theorie‘ zufriedengeben oder die jeden Gedanken an eine wissenschaftliche Theorie bis hin zu den *Worten* ‚Wissenschaft‘ und sogar ‚Theorie‘ ablehnen unter dem Vorwand, daß jede Wissenschaft und sogar jede Theorie ihrem Wesen nach ‚verdinglichend‘, entfremdend und folglich bürgerlich seien.“

Aber – soviel sei Althusser hinzugefügt –: Wir haben nur dann Grund, von einem *wissenschaftlichen* Kern im Marxismus zu sprechen, wenn wir diesen wissenschaftlichen Kern nicht mit dem *politischen* Programm des Marxismus verwechseln – ansonsten erweisen sich auch die marxistischen „Wahrheiten“ wieder einmal als nicht aus der Realität, sondern aus Wünschen fabriziert – und deshalb als ungeeignet, um in der Realität zu siegen.

D.h.: Wenn überhaupt eine Verteidigung der Kategorie der Wahrheit möglich und nötig ist (und mir scheint, sie ist sowohl möglich als auch nötig), dann nur auf der Grundlage einer sehr *engen* Definition des Bereichs der potentiell wahrheitsfähigen Aussagen: Es gibt nur konkrete wissenschaftliche Wahrheiten, aber – anders als Badiou meint – keine „politische Wahrheit“, die noch dazu die *Philosophie* produzieren könnte. Mit dem Insistieren auf diesem Unterschied wird nicht verkannt, daß es – genauso wie es in Politik und Philosophie Diskussionen darüber gibt, was richtig ist – auch in den Wissenschaften Diskussionen darüber gibt, was wahr ist. Der Typ der jeweils akzeptablen Argumente aber ist unterschiedlich; und deshalb macht es auch einen Unterschied, ob sich eine wissenschaftliche Behauptung als Irrtum (oder gar als Fälschung) herausstellt oder ob eine philosophische These als falsch klassifiziert wird. In Politik und Philosophie haben wir von vornherein mit ‚Parteien‘ und ‚Parteilichkeit‘ zu rechnen; in den Wissenschaften ist dagegen – bei allen wissenssoziologisch identifizierbaren Schwierigkeiten, die der Realisierung dieses Anspruches immer wieder entgegenstehen, und unabhängig davon, welche Nutzenwendungen aus gewonnenen Erkenntnissen anschließend gezogen werden, und wie politische Interessen vielleicht schon die Formulierung der *Fragen* beeinflussen – die diskursive Grundlage, erkennen zu wollen *was ist* (warum es ist und welche Entwicklungsmöglichkeiten es enthält) (3). Wer/welche diesen Anspruch nicht teilt, sondern meint ‚wissenschaftliche Erkenntnisse‘ nach Maßgabe politischer Parteilichkeit produzieren zu können, schließt sich selbst aus dem wissenschaftlichen Diskurs aus.

„Die Tätigkeit radikaler Philosophinnen und Philosophen [...] kann der wissenschaftlichen Forschung [...] nicht vorweg greifen. [...] Das Philosophieren radikaler Philosophinnen und Philosophen kann [auch] eine strategisch erfolgreiche Politik der Befreiung weder

ersetzen, noch herbeiführen. Sie kann nur [...] den ‚Boden bereiten‘ für deren wirkliche Debatten.“ (Frieder Otto Wolf).

Detlef Georgia Schulze

(1) „Verantwortlich“ ist kein analytischer Begriff, sondern eine normative Kategorie. Seine Definitionen können nicht wahr oder irrtümlich sein (den allein linguistisch interessanten Fall hier beiseite gelassen, daß jemandE behauptet „‚verantwortlich‘ bedeutet doch dies“ und dann auf eine Mandarine zeigt), sondern richtig oder falsch.

(2) Als Einspruch gegen die technokratische Utopie, sozialistische oder kommunistische Planung sei bloße „Verwaltung von Sachen“, bloße Anwendung ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftlicher Wahrheiten und nicht auch Prioritätensetzung, gegen die Illusion der Kommunismus, bedeutete nicht nur das Ende des Staates, sondern auch das der Politik, sei die Intention, die Frieder Otto Wolf mit der „Wahrheitspolitik“ verbindet, hier ausdrücklich geteilt. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt sei gefragt, ob es wirklich nützlich ist (und wenn ja wofür), beide Aspekte – den Aspekt der Anwendung von Erkenntnissen und den des Treffens politischer Entscheidung – in dem einen Ausdruck „Wahrheitspolitik“ zusammenzufassen.

(3) Wer/welche etwas hinzuerfindet oder mutwillig etwas wegläßt (obwohl er/sie es erkannt hat), weil es ihm oder ihr politisch oder persönlich in den Kram paßt, betreibt keine Wissenschaft, sondern Manipulation. Deshalb verträgt der Wissenschafts-Begriff keine Zusätze wie „bürgerlich“ und „proletarisch“. Entweder ist es Wissenschaft oder es ist keine. Zwar mag es Sinn haben von wissenschaftlichem Sozialismus, Feminismus etc. zu sprechen – wenn eine theoretische Formation neben ideologischen auch wissenschaftliche Elemente enthält. Aber die Umkehrung von Adjektiv und Substantiv (sozialistische Wissenschaft etc.) ist zurückzuweisen. Die Wissenschaften sind objektiv oder sie sind nicht.